



## **Den Verpackungsmaschinenbau auf dem Weg zur Kreislaufwirtschaft unterstützen**

*Erklärung des Betriebsrätennetzwerks Nahrungsmittel- und Verpackungsmaschinen der IG Metall*

Im Verpackungsmaschinenbau arbeiten in Deutschland etwa 40.000 hochqualifizierte Beschäftigte. Sie stellen Maschinen her, mit denen unter anderem Lebensmittel sicher verpackt und dadurch vor Beschädigung und Verderben geschützt werden. Damit leistet die Branche einen essentiellen Teil zum Ressourcenschutz. Die Arbeitsplätze im Verpackungsmaschinenbau sind durch aktuelle politische Weichenstellungen im Kontext der Diskussionen zur Kreislaufwirtschaft gefährdet. Deutschland und Europa sind Leitmärkte für den Verpackungsmaschinenbau. Etwa die Hälfte der in Deutschland hergestellten Maschinen wird nach Deutschland und in die EU geliefert. Das Branchennetzwerk der Betriebsrätinnen und Betriebsräte des Nahrungsmittel- und Verpackungsmaschinenbaus fordert die politischen Entscheidungsträger in Deutschland und der EU auf, den Verpackungsmaschinenbau und seine Beschäftigten zu unterstützen und mit ihnen gemeinsam den Ressourcenschutz zu gestalten. Auf dem Weg zur Kreislaufwirtschaft sind die Auswirkungen auf Arbeitsplätze in der gesamten Wertschöpfungskette mitzuberücksichtigen. Notwendige Transformationsprozessen sind staatlich zu flankieren.

Um Arbeitsplätze und Standorte in Deutschland und der EU zu sichern, müssen Unternehmen frühzeitig und langfristig planen können. Es braucht eine Strategie, die klare Anforderungen an Verpackungsmaterialien formuliert, und keine kurzfristigen Verbote und Vorgaben macht. Aktuell ist unklar, welche Verpackungsmaterialien sich durchsetzen werden und mit welchen Gesetzesmaßnahmen noch zu rechnen ist. Verpackungsmaschinenbauer sind durch verschiedene gesetzliche Vorgaben kurzfristig gezwungen, unterschiedliche Maschinen entsprechend technologisch anzupassen. Damit sichern sie sich Marktzugänge, erschließen mit diesen Investitionen jedoch keine neuen Märkte. Durch diese Situation können die Verpackungsmaschinenbauer ihr Produktportfolio allerdings nicht zukunftssicher aufstellen. Diese Unsicherheit muss politisch aufgelöst werden. Um die Wettbewerbsfähigkeit deutscher Unternehmen zu sichern, benötigen wir zudem mindestens EU-weite – besser globale – Regelungen zur Kreislaufwirtschaft. Dafür muss sich Politik stärker einsetzen.

Für Beschäftigungssicherung in der Wertschöpfungskette zur Kreislaufwirtschaft fordern wir folgende Maßnahmen von den politischen Entscheidungsträgern ein:



## **1. Beschäftigte und Standorte bei der Umstellung unterstützen**

Der Weg zur Kreislaufwirtschaft und klimafreundlicher Verpackung erfordert, dass der Maschinenpark zur Produktion von Verpackungen umgestellt wird. Daher müssen die heimischen Verpackungsmaschinenbauer ihr Produktportfolio anpassen und neue Märkte erschließen. Es gilt, die Entwicklung von neuen flexiblen Maschinen, etwa für Papier- und Mehrwegverpackungen, anzugehen, um am Weltmarkt wettbewerbsfähig und auf verschiedene Szenarien vorbereitet zu sein. Um ein neues Produktportfolio entwickeln und herstellen zu können, müssen Mittel zur Qualifizierung der Beschäftigten bereitgestellt werden. Politik muss diesen Prozess durch finanzielle Förderung unterstützen. Staatliche (Forschungs-)Förderung muss dabei generell an die Bedingung geknüpft werden, Arbeitsplätze und Standorte vor Ort zu sichern. Weiterhin sollte Förderung nur an Unternehmen mit Guter Arbeit fließen.

## **2. Recyclingquote erhöhen**

Um die Rückgabe- und damit die Recyclingquote zu erhöhen, unterstützen wir eine Pfandpflicht auf alle Einweg- und Mehrweg-Getränkeverpackungen sowie eine eindeutige Kennzeichnung für die Verbraucherinnen und Verbraucher. Generell müssen alle Verkaufskanäle, auch von Discountern, für Einweg und Mehrweg geöffnet werden. Es braucht eine EU-weite einheitliche Pfandpflicht. Dabei ist die Pfandhöhe auf Mehrwegflaschen auf das Pfandniveau von Einwegflaschen anzuheben. Weiterhin braucht es ein einheitliches Design für Mehrwegflaschen und -kästen und ein vereinheitlichtes Rücknahmesystem. Die Produzenten müssen stärker für das Recycling der von ihnen hergestellten Produkte verantwortlich sein. Eine Abgabe bzw. ein spürbar höheres Lizenzentgelt auf die Herstellung von nicht nachhaltigen Einwegverpackungen, die eine geringe bzw. keine Recyclingquote und eine schlechte Umweltbilanz aufweisen, könnte eine Lenkungswirkung hin zu einer höheren Recyclingquote entfalten.

## **3. Rezyklat-Anteil auf Produkte abstimmen**

Die Mittel der EU-Plastiksteuer müssen sachbezogen dazu genutzt werden, Recyclingprozesse zu optimieren, Recyclingquoten zu steigern und einen höheren Rezyklat-Einsatz zu fördern. In Anbetracht des schwankenden Erdölpreises braucht es staatliche Anreize, höhere Rezyklat-Mengen zu verwenden. Der Rezyklat-Anteil darf jedoch nicht unabhängig vom Produkt politisch festgeschrieben werden. Ein höherer Rezyklat-Anteil wirkt sich auf die Flexibilität des Produkts und den Energieaufwand bei der Verarbeitung aus. Daher müssen Kosten und



Nutzen eines höheren Rezyklat-Anteils im Sinne der Ressourceneffizienz abgewogen werden. Wenn ein höherer Rezyklat-Einsatz möglich ist, sind häufig Anpassungen der Verpackungsmaschinen notwendig. Daher müssen Anreize für höhere Rezyklat-Mengen mit staatlichen Förderungen für den Verpackungsmaschinenbau einhergehen. Diese Förderungen müssen die Umstellung von Technologien und die Entwicklung neuer Verpackungsmaschinen unterstützen. Dazu sollten Mittel der EU-Plastiksteuer genutzt werden.

#### **4. CO<sub>2</sub>-Ausstoß verringern**

In der Debatte um Mehrweg- und Einwegverpackungen gilt es, differenziert die gesamte Wertschöpfungskette inklusive des Transports zu betrachten und die CO<sub>2</sub>-neutralste Variante zu fördern. Mehrwegverpackungen sind nur CO<sub>2</sub>-neutraler, wenn sie mit kürzeren Transportwegen einhergehen. Daher befürworten wir die Etablierung kurzer, regionaler Produktions- und Distributionsstrukturen für Mehrwegverpackungen. Um CO<sub>2</sub>-Neutralität zu erreichen, braucht es staatliche Anreize wie eine Lenkungsabgabe für CO<sub>2</sub>-Ausgleich für lange Transportwege. Unverpackte Lebensmittel müssen ebenfalls ganzheitlich in den Blick genommen werden. Es gilt, den CO<sub>2</sub>- und Ressourcenverbrauch von unverpackten und verpackten Produkten zu vergleichen. Dabei müssen Primär-, Sekundär- und Transportverpackungen ganzheitlich und mit Blick auf die Reduzierung von Überverpackungen betrachtet werden.